



Dr. Jürgen Martens
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Verrohung im Netz nicht länger hinnehmen

Berlin, 18. Februar 2020

Dr. Jürgen Martens, MdB
Wahlkreisbüro
Moritzstraße 28
08056 Zwickau
Telefon: +49 375 46007785
juergen.martens.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 75418
juergen.martens@bundestag.de

Berlin – Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz wird voraussichtlich morgen Thema im Bundeskabinett sein. Nicht zuletzt wegen der Anfeindungen gegen Grünen-Abgeordnete Renate Künast ist das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Der rechtspolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Dr. Jürgen Martens, spricht sich hierbei gegen eine Meldepflicht der Betreiber sozialer Netzwerke aus: „Das Problem der Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz liegt nicht bei den Betreibern, sondern in den Personalkapazitäten der Strafverfolgungsbehörden.“

Viele Beleidigungsstraftaten würden bisher nicht zur Anzeige gebracht, weil Opfer oft die Erfahrung machen müssten, dass ihre Anzeige folgenlos bleibt, weil den Verfolgungsbehörden die notwendigen Kapazitäten fehlen. Die FDP fordert daher seit langem eine bessere sachliche und personelle Ausstattung dieser Behörden.

Eine zusätzliche Meldepflicht von Plattformbetreibern wird dieses Problem nicht lösen, sondern möglicherweise zusätzlich zu verschärfen. Zur effektiveren Bekämpfung sollte man stattdessen daran gehen, die Stellung der Opfer zu stärken, indem man beispielsweise einen Auskunftsanspruch gegen Plattformbetreiber schafft, so Martens weiter. Ferner sei zu kritisieren, dass durch den geplanten Zugriff auf Passwörter durch Sicherheitsbehörden ein erhebliche Grundrechtseingriff bevorsteht, der für die IT-Sicherheit schwerwiegende Risiken birgt.